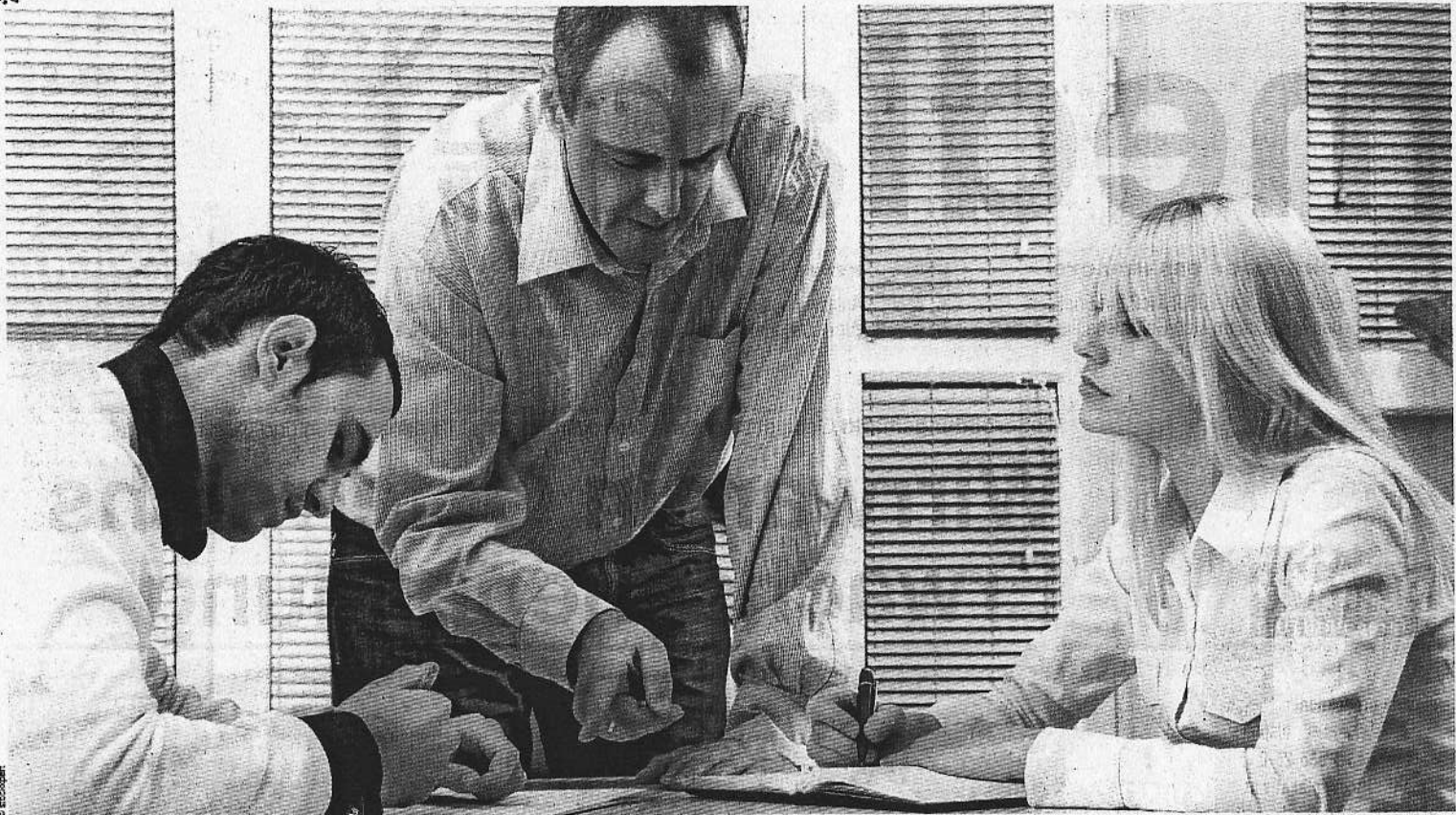


Freitag, 13. Februar 2009

COVER

2 - medianet

x1



#### ZERSPLITTERT

Experten orten für den heimischen Weiterbildungsmarkt einen Nachholbedarf. Ziel ist es, für die Konsumenten die Leistungen der einzelnen Anbieter transparenter zu machen.

**Veraltete Strukturen** Die Gesetzgebung zur Erwachsenenbildung stammt noch aus der k & k-Epoche

# Mehr Orientierung für Konsumenten gefordert

Drei verschiedene Offensiven sollen für eine Vereinheitlichung sorgen – über die Ansätze wird noch diskutiert.

CHRISTIAN HORVATH

**Wien.** Der österreichische Weiterbildungsmarkt verfügt, simpel gesagt, über viel Geld, aber über keine Struktur. Geschätzte 2,5 Mrd. € werden Jahr für Jahr investiert, um Erwachsenen zusätzliches Wissen zu vermitteln – eine Menge Holz.

Dass dieser riesige Markt keine einheitliche Struktur hat, liegt in der Geschichte dieses Landes. Um konkret zu sein: in der habsburgischen Geschichte Österreichs. Aus dieser Zeit stammt nämlich laut Peter Schlögl, dem Leiter des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (öibf) die Gesetzesarchitektur zu den „aktuellen“ Rahmenbedingungen der Erwachsenenbildung. Mittlerweile gingen ein paar Jahre ins

Land, aber eine Struktur für diese Bildungsschiene ging damit nicht einher: „Es gibt keine Bundeszuständigkeit für Erwachsenenbildung“, sagt Schlögl, „der Fokus liegt ganz stark auf der Erstausbildung.“

#### Gegenoffensive

Einer der Gründe für die scheinbar undurchdringliche Dichte des Weiterbildungsdschungels ist ein politischer: Die Bundesländer kochen hier weiterhin ihr eigenes Süppchen aus Zertifikaten und Anerkennungen. Aber diese Suppe soll jetzt ausgelöffelt werden. Die ersten Löffel wurden schon verteilt, meint Schlögl.

Aktuell gibt es drei verschiedene Säulen, die für eine „stärkere Transparenz“ im undurchschau-

baren Dickicht der österreichweit rund 1.800 Anbieter bzw. Einrichtungen für Erwachsenenbildung sorgen sollen. Dies betrifft zum einen eine stärkere Kooperation zwischen Bund und Ländern im Förderbereich, weiters die Erarbeitung eines nationalen Qualifikationsrahmens sowie die Implementierung eines bundesweit anerkannten Qualitätssiegels. Zu letzterem erzählt Schlögl eine Anekdote: Die Erwachsenenbildung, so der öibf-Chef, musste sich als Einrichtung in allen neun Bundesländern registrieren lassen, um ihre Dienste anbieten zu können.

#### Kooperation angedacht

Ein Unding, das weiß auch Gudrun Biffi, Bildungsexpertin beim Wifo: „Qualitätssicherung

und Zertifizierung – bundesländerübergreifend – sind ebenso wie die zukünftige Einpassung in den europäischen Qualifikationsrahmen wesentliche Bestandteile, um grenzüberschreitend arbeiten zu können.“ Ob man in diesem

„Es gibt keine Bundeszuständigkeit für Erwachsenenbildung, der Fokus liegt stark auf der Erstausbildung.“

PETER SCHLÖGL, ÖIBF

Wirrwarr mit den von Schlögl beschriebenen Methoden Erfolg hat, wird sich weisen. Die Ergebnisse solcher Entwicklungen sind oft erst nach zehn oder mehr Jahren am Markt erkennbar, wie Beispiele aus Skandinavien oder Großbritannien gezeigt haben. Zudem spreche die Heterogenität innerhalb dieses Sektors in Österreich – neben der politischen Komponente – gegen einen Überbau. Das glaubt auch Herwig Stage, seines Zeichens Geschäftsführer des bfi Wien. „Das gesamte Feld der Erwachsenenbildung ist so vielfältig, dass hier das Einziehen einer Hierarchie gar nicht sinnvoll wäre.“ Eine Art von Flurbereinigung sei schon einmal überlegt worden, erinnert sich Stage; dies sei jedoch an den unvereinbaren Interessen der Anbieter gescheitert. Wie-

wohl auch er zugibt, dass die Gesetzeslage „nicht aus der Jetztzeit stammt“.

#### Almosen-Zahlungen

„Wer zahlt, hat es auch in der Hand, eine Struktur hineinzubringen.“ Das Ministerium zahle dafür einfach „zu wenig“, als dass es hier eine große Rolle spielen könnte. Eine Grundsubvention gebe es zwar, die sei jedoch „sehr gering“. Acht Mrd. € hat die Bildungsministerin pro Jahr zur Verfügung. Der Großteil davon geht an Schulen und Universitäten – und für den Weiterbildungsbereich bleiben dann nur Brosamen angesichts der zur Verfügung stehenden Gelder: Laut Schlögl wendet der Bund für die Erwachsenenbildung etwa 15 Mio. € jährlich auf – Geld, das laut Stage „in erster Linie projektbezogen eingesetzt wird“.

„Der Gesetzgeber hat die Erwachsenenbildung dem Markt überlassen“, so Schlögl. Und inzwischen gibt es aufgrund der herrschenden Dynamik und der demografischen Entwicklung erhöhten Nachholbedarf. „Da braucht es den Versuch, eine neue Balance hineinzubringen“, fordert der öibf-Leiter.

Der Verband österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) fordert deshalb die „Schaffung eines Weiterbildungsrats“. Die schiere Anzahl an Aufgaben innerhalb dieses Bereichs bedürfe „einer Koordination und gesellschaftspolitischen Vermittlung“. Die „Sensibilisierung“ in diesem Bereich sei mittlerweile vorhanden, hofft Schlögl auf baldige Maßnahmen.

**Verwaltung** Insgesamt gibt es über 1.700 Anbieter und drei Verbände

## Weiterbildung in Österreich

**Wien.** Einer Studie des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung und der Uni Klagenfurt zufolge gibt es in Österreich insgesamt 1.755 Anbieter bzw. Einrichtungen für Erwachsenen- und Weiterbildung. Davon sind etwa 47% sogenannte gemeinnützige Einrichtungen, 12% öffentliche Einrichtungen, 37% kommerzielle Bildungsanbieter und einige kirchliche Einrichtungen. Von diesen 1.755 Anbietern sind wiederum 30% regional und 40% national vernetzt, während etwa 18% auch international aktiv sind.

#### Drei maßgebliche Verbände

Der Großteil dieser Anbieter ist in einem der drei maßgeblichen Verbände organisiert: in der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ), einem Zusammenschluss aller gemeinnützigen Einrichtungen, weiters im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) sowie in der Bildungsakademie Österreich (bba). Laut KEBÖ-Statistik fanden im Arbeitsjahr 2006 exakt 124.005 Weiterbildungskurse statt.